



Presseschau vom 24.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

(Nachtrag vom 21.04.) deutsch.rt.com: Lawrow im Interview der BBC-Sendung „HARDtalk“
Komplettes Interview in deutscher Übersetzung, auch mit den Teilen, die von der BBC nicht ausgestrahlt wurden

`<iframe width="818" height="460" src="https://www.youtube.com/embed/1O6a79ARv1c" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/1O6a79ARv1c>

Mptdnr.ru: Die Arbeiter des staatlichen Unternehmens „Stirol“ führen im Vorfeld der Maifeiertage weiter Arbeiten zur Verschönerung der Stadt durch.

Am 20. und 21. April haben sich mehr als hundert Arbeiter am Subbotnik beteiligt. Außerdem haben die Arbeiter der Reparatur- und Bauabteilung des staatlichen Unternehmens „Stirol“ mit der Restaurierung von Denkmälern im Kaliniskij-Bezirk von Gorlowka begonnen.

„Bald werden die Gorlowker den 73. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und den vierten Jahrestag der Gründung unserer Republik feiern“, sagte der Direktor des staatlichen Unternehmens „Stirol“ Maxim Tschepak. „Wir vergessen diese wichtigen Daten nicht. Wir haben bereits mit dem Wiederaufbau des Denkmal der Trauernden Mutter begonnen, das nicht weit von der Erlöserkirche liegt, wir bringen das Gelände um das Denkmal in Ordnung“.

Nach den Worten der Leitung des Unternehmens werden die Stiroler neben diesem

Denkmalskomplex auch den Gedenkobelisken für die gefallenen Arbeiter des Stickstoffdüngemittelwerks, die Säule für die getöteten Arbeiter der Gorlowker Chemiefabrik in der Siedlung Potschtowyj und die Fassade des Sportpalastes des staatlichen Unternehmens „Stirol“ in Ordnung bringen.



<http://mptdnr.ru/upload/000/u10/096/72b2bda9.jpg>

de.sputniknews.com: Ukraine: Auto-Produktion fast völlig zusammengebrochen

Die ukrainische Autoproduktion ist in den zehn zurückliegenden Jahren auf nur noch zwei Prozent zurückgegangen. Dies geht aus einer Mitteilung des Verbandes der Autohersteller der Ukraine „Ukrawtoprom“ hervor.

Insgesamt wurden demnach im März 2018 773 Kraftfahrzeuge in der Ukraine hergestellt. Die Produktionskapazitäten der ukrainischen Automobilindustrie seien zurzeit lediglich zu zwei Prozent ausgelastet.

„Die umfassende Produktion von Personenkraftwagen im Lande ist völlig gestoppt worden“, heißt es in der Mitteilung. Seit mehreren Monaten funktioniere lediglich die Produktion von Pkws aus importierten Baugruppen und Einzelteilen in der Ukraine.

Zudem sei die Produktion von Nutzfahrzeugen bis zum Februar 2018 um 20 Prozent zurückgegangen. Vor knapp einem Jahr, im März 2017, habe der Rückgang 36 Prozent betragen.

Auch die Produktion von Bussen sei gesunken. Hier machte der Rückgang im Vergleich zum März 2017 24 Prozent aus.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR besteht auf einer schnellstmöglichen Durchführung eines Gefangenenaustauschs nach der Formel „alle Bestätigten gegen alle Bestätigten“. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Derzeit gibt es eine feste Zahl – 80 Menschen, deren Aufenthalt auf dem Territorium der Ukraine bestätigt ist, und 14 Menschen, die sich auf dem Territorium der DVR befinden. Wir sehen keinerlei Hindernisse zur Durchführung eines zweiten Etappe des Austauschs“, sagte Morosowa.

Nach ihren Worten unterstützt die DVR die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. „Die Befreiung der Menschen wird die Realisierung von Punkt 5 dieser Vereinbarungen im Format „alle Bestätigten gegen alle Bestätigten“ unterstützen“, sagte die Bevollmächtigte der DVR.

de.sputniknews.com: USA und Russland streiten um mondnahe Raumstation: Nasa will Spielregeln diktieren

Wer an einer internationalen Raumstation mitbaut, muss sich den US-Standards anpassen – dies fordert Washington von seinen Partnern. Auch von Russland verlangen die USA, dass dessen Schleusenmodul für die Lunar Orbital Platform-Gateway den amerikanischen Industriennormen entspricht.

Russland und die USA ticken auch im Erdorbit unterschiedlich. Die Systeme ihrer Raumstationen sind sich schon im Kleinsten unvereinbar: bei der Bordspannung zum Beispiel, bei der Sprache der Bediendisplays ohnehin. Beim gemeinsamen Projekt Lunar Orbital Platform-Gateway, kurz LOP-G, löst das Streit aus. Russland trägt mit einem Schleusenmodul zu dem Vorhaben bei – dieses müsse voll und ganz mit der US-Norm kompatibel sein, fordern die Amerikaner.

„Das bedeutet, dass die Energieversorgung an Bord des Moduls, die Wärmeregulierung, alle Anschlüsse und Bedienoberflächen amerikanisch sein müssten. Im Zuge der Verhandlungen wurde jedes Mal betont, dass die Nasa bei dem Projekt führend ist und deshalb die Spielregeln diktiert“, sagte ein Insider aus der russischen Raumfahrtindustrie.

Auch europäische Länder, Kanada und Japan sind am Projekt der neuen Raumstation beteiligt. Ihre Raumfahrtfirmen haben sich von Beginn des Projektes an auf die US-Norm eingestellt. Das russische Schleusenmodul entspricht jedoch dem eigenen, dem russischen Standard: Die Bordspannung etwa beträgt 28 Volt gegenüber 120 Volt in den US-amerikanischen Segmenten der Raumstation. Auch verwenden Russland und die USA unterschiedliche Kühl- und Wärmeaustauschflüssigkeiten. Die Anschlüsse der Bordssysteme passen auch nicht zueinander.

Russland verweist dabei auf die Erfahrungen auf der ISS, die nach Sektionen eingeteilt ist, sodass jedes Land seine Standards beibehalten kann. Die USA sind strikt dagegen: „Noch sind wir an dem Projekt beteiligt, doch man würde uns allzu gerne loswerden“, sagt der russische Experte. Die unterschiedlichen Normen und Anschlüsse seien aber nur ein Grund dafür: „Bei der Produktion von Weltraumtechnik hinken wir wie üblich hinterher. Auch haben wir bis heute kein Programm zur Beteiligung am LOP-G, das die russische Regierung bestätigt hätte.“

Die Verhandlungen zum Bau der Lunar Orbital Platform-Gateway haben 2013 begonnen. Im September 2017 unterzeichneten die USA und Russland eine Absichtserklärung über den Bau der mondnahen Raumstation Deep Space Gateway. Später erhielt das Projekt seinen jetzigen Namen.

Demnach ist vorerst vereinbart worden, dass Russland das Schleusenmodul für die Raumstation baut, über das die Crew in den Weltraum austreten kann, um Arbeiten an der Station oder wissenschaftliche Versuche vorzunehmen. Ab 2022 soll die LOP-G gebaut werden, 2024 soll daran das russische Schleusenmodul andocken. Ob die russische Trägerrakete „Angara-A5“ oder die US-amerikanische SLS das Modul in den Erdorbit transportiert, ist noch offen. Nach Fertigstellung sollen internationale Crews in regelmäßigen Abständen auf der Raumstation arbeiten, eine Dauerbesatzung ist nicht vorgesehen.

Dan-news.info: „In **Schirokaja Balka** wurde in der Dudnitsch-Straße durch einen direkten Treffer ein Wohnhaus beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Nach vorläufigen Informationen wurde niemand durch den Beschuss verletzt. Die Art der

Zerstörungen wird noch ermittelt. Prichodko merkte an, dass der Gegner derzeit weiter die Ortschaft beschießt.

de.sputniknews.com: Syrien: USA üben Druck auf OPCW-Experten aus - russisches Außenministerium

Die OPCW-Experten, die an der Untersuchung des vermeintlichen C-Waffen-Angriffs in Syrien arbeiten, werden laut dem russischen Außenministerium unter Druck gesetzt. „Es wird auf sie Druck ausgeübt, da die USA haben im Voraus beschlossen, dass (der syrische Präsident Baschar al-) Assad zu beseitigen ist“, sagte Wladimir Jermakow, Leiter der Abteilung für Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, gegenüber Sputnik. Ihm zufolge ist diese Entscheidung bereits 2011 getroffen worden, als die USA erklärt hatten, dass sie militärische Handlungen gegen Assad im Fall eines C-Waffen-Einsatzes durch seine Regierung aufnehmen würden.

„Sie passen alles dieser Entscheidung an, die 2011 getroffen wurde. Sie brauchen eine Provokation mit einem C-Waffen-Einsatz, dann beginnen sie Raketen- und Bombenschläge.“ Dies sei schon zweimal geschehen, so Jermakow weiter – letztes Jahr nach dem angeblichen Chemieangriff in Chan Schaichun und jetzt in der syrischen Stadt Duma.

de.sputniknews.com: Gesellschaftskammer Russlands: „Vorsichtige“ UN-Reformierung notwendig

Die Vorsitzende der Diplomatie-Kommission in der Gesellschaftlichen Kammer Russlands, Jelena Sutormina, hat die Notwendigkeit einer Reform der Uno betont. Gleichzeitig sprach sie sich auch für gleiche Rechte aller Mitgliedsstaaten aus.

Zuvor hatte UN-Generalsekretär Antonio Guterres in einem Interview mit dem TV-Sender SVT strukturelle Probleme des UN-Sicherheitsrates eingeräumt und von einer Rückkehr des Kalten Krieges gesprochen. Laut Guterres widerspiegelt der UN-Sicherheitsrat nicht mehr die Kräftebalance der Welt und entspricht nicht den gegenwärtigen Realien. Zudem missbrauchten einige Länder ihr Veto-Recht, so Guterres. Der Generalsekretär betonte, dass eine komplette Reform der Organisation ohne Änderungen im Sicherheitsrat nicht möglich sei. Des Weiteren gestand der Generalsekretär ein, dass die Uno nicht in der Lage sei, den syrischen Konflikt zu lösen.

„Offenkundig ist die Uno unentbehrlich, sie ermöglicht die Aufrechterhaltung des Friedens weltweit, und dennoch sind Reformen notwendig“, sagte Sutormina dazu in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „RIA Novosti“.

Allerdings sollten jegliche Änderungen vorsichtig und nur mit Zustimmung aller wichtigsten UN-Mitglieder vorgenommen werden, so Sutormina. Sie verwies auf das ursprüngliche Ziel der Organisation: Die Uno sei geschaffen worden, um die Weltlage zu stabilisieren, „damit jedermanns Rechte gewahrt werden und niemand sein Recht über das Recht eines anderen stellt, (...) damit keiner sich in die Souveränität eines anderen einmischen will und damit die Greuel des Zweiten Weltkrieges nicht zurückkehren“.

Bei einer Reformierung der Uno sollte eine besondere Aufmerksamkeit dem UN-Sicherheitsrat gewidmet werden, betonte Sutormina. Der Status aller Mitglieder des Sicherheitsrates sollte dabei aufrechterhalten werden:

„Der Weltsicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit, alle UN-Mitglieder müssen sich seinen Beschlüssen fügen. Allerdings legen einige (Mitglieder des Sicherheitsrates — Anm. d.Red.) immer wieder ein Veto gegen die Beschlüsse ein, die ihnen nicht gefallen und sie daran hindern, alles zu tun, was sie nur wollen. Deshalb sollte dieser Mechanismus ausgearbeitet werden“, sagte sie.

Die Uno sei schließlich eine Organisation, der die Mehrheit der Nationen, Völker und Länder angehöre, und sollte daher eine maximale Unvoreingenommenheit anstreben, betonte die

Politikerin.

de.sputniknews.com: Lawrow: Unterstützung der jüngsten Raketenschläge gegen Syrien wurde erzwungen

Länder, die die jüngsten Raketenschläge gegen Syrien unterstützten, sind dazu erzwungen worden. Wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Montag in Peking erklärte, waren sie sich darüber im Klaren, dass es sich um eine unannehmbare Methode zur Beilegung ernsthafter internationaler Krisen handelt.

„Mehrere Länder wurden zur Zustimmung oder zum Verständnis für diese absolut rechtswidrige Aktion der USA, Großbritanniens und Frankreichs gezwungen... Alle unparteiischen Beobachter sollten sich darüber klar werden, dass mit diesem Angriff ein Versuch unternommen wurde, die Ermittlungen durch Experten der (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) OPCW zum Scheitern zu bringen.“

Darüber hinaus sollte die „positive Tendenz gestoppt werden, die sich bei der Beilegung des Syrien-Konflikts abgezeichnet hat“, sagte der russische Chefdiplomat. Er äußerte die Überzeugung, dass die Wahrheit früher oder später ans Tageslicht kommt.

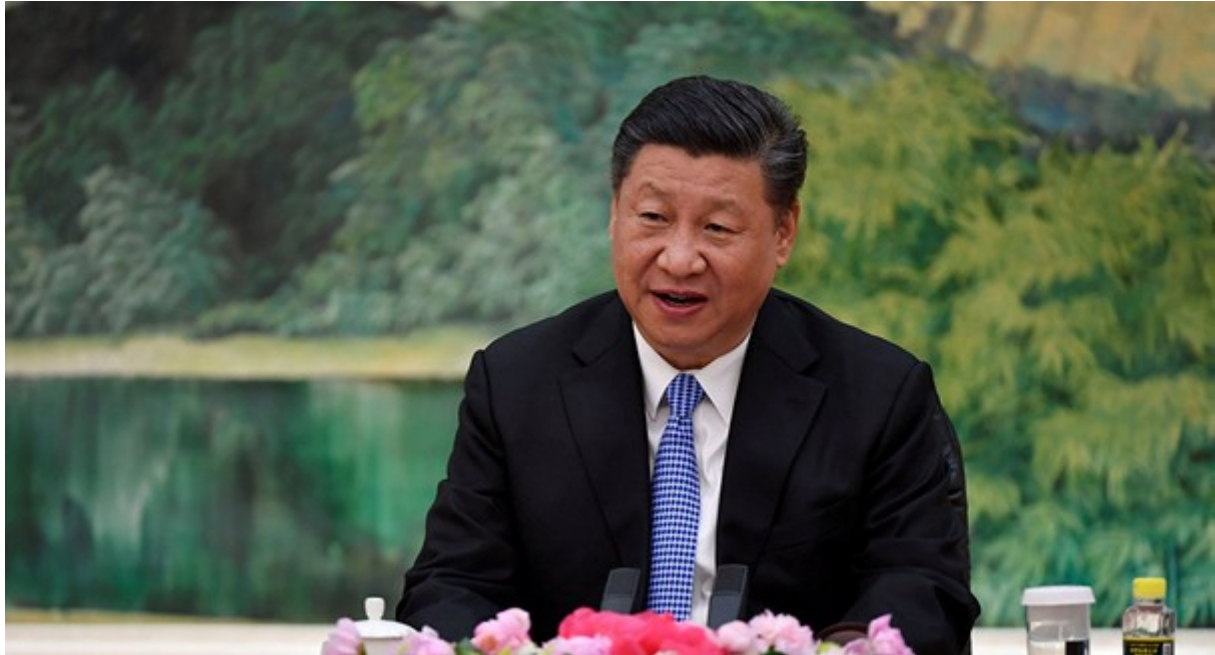
de.sputniknews.com: Xi Jinping: Russland und China sollten gemeinsam Völkerrecht schützen

Russland und China sollten das Völkerrecht und Prinzipien der internationalen Beziehungen gemeinsam schützen. Das erklärte Chinas Staatschef Xi Jinping am Montag in Peking bei einem Treffen mit Russlands Außenminister Sergej Lawrow.

„Russland und China sollten den von ihren führenden Repräsentanten erzielten Konsensus weiter entwickeln und ein Zusammenschmelzen der Initiative ‚Ein Gürtel, eine Straße‘ mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft durchsetzen. Beide Länder sollten einander unterstützen, (ihre Positionen) zu internationalen Fragen koordinieren sowie das Völkerrecht und gerechte Prinzipien der internationalen Beziehungen gemeinsam schützen“, wurde Xi vom chinesischen Außenamt zitiert.

Ihm zufolge sollten Moskau und Peking die Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS-Gruppe, der Shanghaier Kooperationsorganisation (SCO) und der G20-Gruppe ausbauen. „Das neue Niveau der russisch-chinesischen Beziehungen ist ein Reichtum beider Länder. Die russisch-chinesischen Beziehungen einer umfassenden strategischen Kooperation und Partnerschaft festigen die Tendenz der positiven Entwicklung.“

Xi brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass in den Beziehungen beider Länder dank den Anstrengungen der Seiten neue Erfolge erzielt werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32044/90/320449063.jpg>

de.sputniknews.com: Niemand in EU mit Ukraine zufrieden: Experte zu blockierter Nato-Ukraine-Sitzung

Ungarn hat zum dritten Mal sein Veto gegen die Abhaltung einer Sitzung der Nato-Ukraine-Kommission auf der Außenministerebene eingelegt. Dies meldete die Nachrichtenagentur „Ukrinform“ unter Verweis auf Informationen aus diplomatischen Kreisen der Nato-Länder. Ein außenpolitischer Experte kommentierte die Unzufriedenheit der EU mit der Ukraine. Mit seinem Veto übt Budapest Druck auf Kiew aus, um die Ukraine zu Änderungen in ihrem Bildungsgesetz zu bewegen. Das im vergangenen Herbst verabschiedete Gesetz schränkt für nationale Minderheiten die Bildungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache ein. Die europäischen Länder würden kein Hehl aus ihrer Unzufriedenheit mit dem machen, was in der Ukraine vor sich gehe, sagte der außenpolitische Experte Wadim Truchatschjow von der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität (RGGU) in einem Interview mit Sputnik.

„Das Gerede über eine EU-Integration der Ukraine ist wie jene Rübe, die sich immer wieder entfernt, während man versucht, sich ihr anzunähern“, sagte er. Eine der Voraussetzungen der EU-Integration sei die Regelung der Beziehungen zu den Nachbarländern. Und bei den Beziehungen, die die Ukraine zu Ungarn oder zu Polen habe, erweise sich eine EU-Mitgliedschaft für die Ukraine als unrealistisch.

„Die heutige ungarische Staatsmacht hat für ihre Handlungen gegenüber der Ukraine einen riesigen Vertrauensvorschuss bekommen: Eine überwältigende Mehrheit der Ungarn aus Transkarpatien stimmte für diese Staatsmacht, sie standen Schlange, um abstimmen zu können“, betonte der Experte.

Darüber hinaus seien fast alle europäischen Länder mit der Lage in der Ukraine unzufrieden, so Truchatschjow. Für Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien komme es auf die Frage der nationalen Minderheiten an.

Dennoch bestehe auch in den westeuropäischen Ländern eine Unzufriedenheit gegenüber Kiew, denn „Gelder werden für die Ukraine bereitgestellt, allerdings verschwinden diese dort wie in einem Fass ohne Boden“.

„In Europa ist zurzeit fast niemand zu finden, der mit dem, was in der Ukraine passiert, zufrieden wäre. Sicherlich unterstützt die EU die Ukraine nur deshalb, weil sie sich, wie es gilt, Russland widersetzt. Im Übrigen gibt es nirgendwo Zufriedenheit damit, was dort vor

sich geht", sagte der Experte abschließend.

Zuvor hatte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bekannt gegeben, sein Land werde die Bestrebungen der Ukraine zur europäischen Integration nicht unterstützen, solange europäische und internationale Gesetze und Standards in der Ukraine verletzt würden. Ende März sagte er, Budapest werde die Teilnahme des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko am Nato-Gipfel, der im Juli 2018 stattfinden soll, blockieren

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

Es wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

18:05-18:40 – aus Richtung Showanka auf **Sajzewo: es wurden 5 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, 40 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.**

18:05-19:00 – aus Richtung Bogdanowka auf **Styla: es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 5 Geschosse mit Schützenpanzern abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;**

18:30-19:00 – aus Richtung Schirokino auf **Sachanka: es wurden 34 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, es wurden 8 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet**

18:55-19:30 – aus Richtung Awdejewka (Truppenteil) auf **Spartak: es wurden 29 Schüsse mit automatischen Granatwerfern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;**

19:30-20:00 – aus Richtung Krasnogorowka auf **Staromichajlowka: es wurde 1 Granatgeschoss mit einem Antipanzergranatwerfer abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;**

19:35-20:10 – aus Richtung Bogdanowka auf **Styla: es wurden 30 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;**

20:05-20:35 – aus Richtung Nowgorodskoje auf **Schirokaja Balka: es wurden 8 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.**

20:45 – aus Richtung Marjinka auf **Donezk (Trudowskije) mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen;**

23:05 – aus Richtung Majorsk auf den **Kontroll- und Passierpunkt „Gorlowka“, es wurden 5 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.**

de.sputniknews.com: Sicherheitsexperte bekräftigt Bereitschaft Moskaus zu Kooperation mit Paris in Syrien

Russland ist zu einer umfassenden Kooperation mit Frankreich bereit, um eine politische Lösung der Syrien-Krise zu erzielen. „Das trifft auch auf ein beliebiges anderes Land zu“, sagte Jewgeni Serebrennikow, Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrates, am Montag.

Zuvor hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Bereitschaft seines Landes bekräftigt, einen Dialog mit allen Staaten aufzunehmen, vor allem aber mit Russland, die zum politischen Prozess in Syrien beitragen könnten.

„Selbstverständlich ist Russland zur Zusammenarbeit mit Frankreich bereit. Wir hatten bereits mehrmals gesagt, dass wir die Suche nach beliebigen Varianten in Syrien akzeptieren

werden“, betonte Serebrennikow.

Zugleich wies er darauf hin, er schenke Macrons jüngster Erklärung kein Vertrauen, umso weniger nach der Attacke der US-geführten Koalition gegen Syrien in der Vorwoche. „Ich glaube (ihm) nicht. Heute sagt (er) das eine, gestern war es etwas anderes, übermorgen werden ebenfalls widersprüchliche Erklärungen abgegeben“, sagte der Parlamentarier.

de.sputniknews.com: Britisches Parlament in „russophobe Kampagne“ hineingezogen – Russische Botschaft

Mit der Schaffung der neuen Koordinierungsgruppe zur Abwehr hybrider Bedrohungen aus Russland lässt sich das britische Parlament laut einem Sprecher der russischen Botschaft in London in eine „russophobe Kampagne“ hineinziehen.

„Wir wissen von dem Beschluss, eine neue Koordinierungsgruppe zur Überwachung der Beziehungen mit Russland zu schaffen, die unter Leitung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Tom Tugendhat, funktionieren soll und in der auch andere ranghohe Parlamentsmitglieder vertreten sein sollen. Das Ziel der Gruppe ist es, die Bemühungen des britischen Unterhauses zu koordinieren, um eine Antwort auf ‚hybride Bedrohungen‘ aus Russland auszuarbeiten“, so der Botschaftssprecher.

Weiter betonte er, dass die Tatsache, dass die Gruppe auf antirussischer Basis gebildet worden sei, bedauerlich sei. Statt nach Möglichkeiten zu suchen, die russisch-britischen Beziehungen wiederherzustellen oder zumindest die Kommunikationskanäle aufrechtzuerhalten, lasse sich das britische Parlament erneut in eine andere von der konservativen Regierung initiierte „russophobe Kampagne“ hineinziehen.

Der Botschaftssprecher stellte zudem fest, die britisch-russischen Beziehungen hätten einen neuen Tiefpunkt nach den Anschuldigungen gegen Moskau wegen des Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia erreicht.

Die politischen Kontakte seien auf Initiative Großbritanniens eingefroren worden, sagte er und fügte hinzu, dass angebliche ‚Cyberbedrohungen aus Russland‘ erneut für politische Zwecke ausgespielt würden.

„Die Schaffung einer solchen Gruppe auf einer offensichtlich unkonstruktiven antirussischen Basis wird die Situation nicht verbessern, sondern im Gegenteil, zu einer weiteren Zuspitzung der Beziehungen zu Russland führen“, sagte der Botschaftssprecher.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Kalinowka und Stepowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: USA nennen Bedingung für Aufhebung der Nordkorea-Sanktionen
Die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, hat am Montag die Bedingung für die Aufhebung der US-Sanktionen gegen Nordkorea genannt.

„Unser Ziel ist die Denuklearisierung der Halbinsel. Wir werden die Kampagne des maximalen Drucks fortsetzen, bis wir konkrete Handlungen zur völligen Denuklearisierung sehen. Keine Sanktionen werden aufgehoben, bis wir nicht konkrete Handlungen sehen, die Nordkorea vornimmt“, sagte Sanders auf einem Briefing.

Am 21. April hatte Nordkorea den Stopp aller Nuklear- und Raketentests angekündigt.

Außerdem soll der Betrieb des im Norden des Landes gelegenen Nuklear-Testgeländes eingestellt werden.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 23. April 3:00 bis 24. April 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 25.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Michajlowka, Schirokaja Balka) Sajzewo, Spartak, Jasinowataja, Donezk (Trudowskije, Staromichajlowka, Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Styla, Kominternowo, Sachanka, Leninskoje.**

Gestern wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit einer lenkbaren Antipanzerrakete in Dokutschajewsk die Ladefläche eines landwirtschaftlichen KAMAS-Lastwagens mit Getreide beschädigt.

Außerdem wurde ein Wohnhaus in Trudowskije in Donezk in der Poluchin-Straße 7 beschädigt (Verglasung).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 635.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 956.

Wir erinnern, seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524500095_65gj1119r-8.jpg

de.sputniknews.com: „Kurs auf Zerfall“: Lawrow zweifelt an US-Plänen, Syrien zu verlassen
Eine Reihe von Staaten hat Kurs auf den Zerfall Syriens genommen, wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte. Insbesondere beabsichtigen die USA trotz ihrer Erklärungen nicht, das syrische Territorium zu verlassen.

„Eine Reihe von Staaten hat offen Kurs auf den Zerfall Syriens genommen; die USA haben uns hoch und heilig versichert, dass ihr einziges Ziel sei, die Terroristen aus Syrien zu vertreiben und den sogenannten ‚Islamischen Staat*‘ zu besiegen“, sagte Lawrow am Rande der Sitzung des Außenministerrats der Mitgliedsländer der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Peking.

„Trotz ihrer Erklärungen, trotz der Erklärungen von (Donald) Trump richten sich die USA in der Praxis aktiv am östlichen Ufer des Euphrat-Flusses ein und beabsichtigen nicht, sich von dort zurückzuziehen“, betonte der russische Außenminister.

Darüber hinaus hob Lawrow ausdrücklich hervor, dass sich Moskau über die Erklärungen des Westens besorgt zeige, laut denen er (der Westen) nicht dazu bereit sei, die von der syrischen Regierung kontrollierten Gebiete Syriens zu unterstützen.

„Sehen wir mal, wie die Veranstalter dieser Konferenz, vor allem die EU und andere westliche Länder, sich selbst in Bezug auf die Aufgaben zum Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft und Landwirtschaft positionieren werden“, sagte Lawrow mit Blick auf die bevorstehende Syrien-Konferenz in Brüssel.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31906/86/319068663.jpg>

de.sputniknews.com: Medien enthüllen Putin-Plan für „entschlossenen Durchbruch“
Russlands Präsident Wladimir Putin plant laut Bloomberg zehn Billionen Rubel (mehr als 132 Milliarden Euro) in das Gesundheitswesen, die Bildung und Infrastruktur zu investieren. Dadurch soll das Wirtschaftswachstum im Land angekurbelt werden.

Der russische Staatschef plant der Agentur zufolge nach seiner Angelobung am 7. Mai die Unterzeichnung eines Erlasses, in dem ein Plan für einen „entschlossenen Durchbruch“ bei der Erhöhung der Lebensstandards präsentiert wird.

Laut Bloomberg tauchte der Wert von zehn Billionen erst in den letzten Wochen auf und kann geändert werden. Die Hauptausgaben seien für die Zeitperiode nach 2020 geplant, könnten aber auch dieses Jahr betreffen.

Diese Ausgaben werden demnach mit der Reduzierung von Ausgaben in anderen Bereichen, darunter auch im Verteidigungsbereich, verknüpft sein. Darüber hinaus sei die Einführung einer Verkaufssteuer in der Höhe von vier Prozent möglich; diese Maßnahme sei aber bislang nicht genehmigt worden.

Nach seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen am 18. März hatte der russische Staatschef Wladimir Putin versprochen, dass die Prioritäten seiner Amtszeit die Erhöhung des Lebensstandards der Russen sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums sein würden.

Dan-news.info: „Heute Nacht gegen 22:30 hat die ukrainische Armee das Feuer auf **Trudowskije** eröffnet, in der Folge eines Geschosstreffers geriet ein privates Haus in der Mamina-Sibirjaka-Straße in Brand. Die Art der Schäden wird noch ermittelt“, teilte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit. Er fügte hinzu, dass keine Informationen über Verletzte eingegangen sind.

de.sputniknews.com: Armeniens Präsident enthüllt Gründe für Protestwelle im Land
Der armenische Staatspräsident Armen Sarkissjan hat erklärt, was zu den Massenprotesten im Land geführt hat.

Das Fehlen eines Glaubens an die Zukunft, soziale Schwierigkeiten und das Gefühl der Unzufriedenheit führten laut Sarkissjan zu Aufständen in Armenien.

„Diese Faktoren sind für die Bürger des Landes sehr wesentlich. Das ist ein historischer

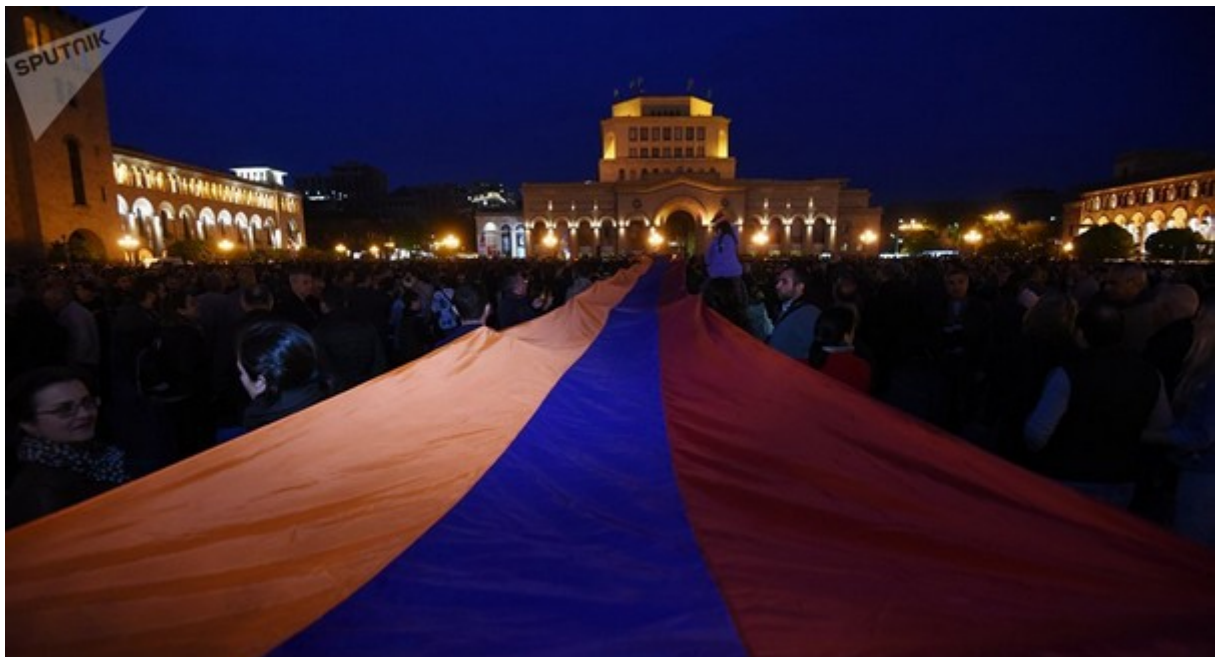
Moment für unser Land. Es ist an der Zeit, ein neues Armenien zu schaffen“, wird der Präsident von Sputnik Armenien zitiert.

Darüber hinaus betonte der Staatschef, dass er die Rücktrittsentscheidung von Sersch Sargsjan hoch schätze. Diese habe ermöglicht, Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Nach den Massenprotesten gegen die Wahl des Ex-Präsidenten Sersch Sargsjan zum Premierminister war dieser am Montag zurückgetreten.

Der Vize-Ministerpräsident, Karen Karapetjan, soll nun das Amt vorübergehend übernehmen. Die Protestaktionen gegen die Wahl von Sargsjan zum Premierminister Armeniens hatten am 13. April begonnen. Die Opposition wirft dem Ex-Präsidenten vor, das Land nicht effektiv regiert zu haben, wodurch sich die Wirtschaftslage verschlechtert habe.

Ungeachtet der Proteste war Sargsjan am vergangenen Dienstag vom Parlament Armeniens zum Vorsitzenden der Regierung gewählt worden. Dies geschah, nachdem die Verfassungsänderung in Kraft getreten war, laut der das Land zur parlamentarischen Regierungsform übergeht, wobei der Premierminister fortan die dominierende Figur in der Machtvertikale sein wird.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32045/27/320452716.jpg>

Dnr-online.ru: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen Truppen heute um 8:10 das Feuer auf **Sachanka** im Süden der Republik eröffnet, in der Folge des Beschusses wurde ein Wohnhaus in der Oktjabrskaja-Straße beschädigt“, teilt die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

Der Beschuss erfolgte aus Richtung Schirokino, es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen, von denen 5 in den Hof des Wohnhauses trafen (die Fensterscheiben sind beschädigt).

de.sputniknews.com: USA regen Länder zu neuem Wettrüsten an – Russlands Verteidigungsminister

Die USA regen die Weltstaaten zu einem neuen Wettrüsten an und wollen ihre Rolle des Hegemonen in internationalen Angelegenheiten bewahren. Dies äußerte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu.

„Heute sind wir Zeugen einer Veränderung der internationalen Beziehungen. Es findet ein Übergang zu einem multipolaren System statt, das durch die Neuverteilung der Einflussbereiche sowie die Verschärfung der Konkurrenz um die regionale und globale

Führungsrolle gekennzeichnet ist. Unter diesen Bedingungen wünschen sich die USA die Bewahrung der Rolle des Hegemonen in internationalen Angelegenheiten. Sie setzen alle Mittel ein, darunter auch militärische, und regen die Länder zu einem neuen Wettrüsten an“, sagte er im Rahmen der Verteidigungsministersitzung der Mitgliedsländer der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Peking.

Laut Schoigu „ist Washington nicht einmal bereit für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit seinen traditionellen Partnern“. „Dies bestätigen neue amerikanische doktrinaire Dokumente im Bereich Nationalsicherheit und Verteidigung sowie das Streben, die wichtigsten internationalen Vereinbarungen, darunter die UN-Entscheidungen und die Grundprinzipien der Welthandelsorganisation, einer Revision zu unterziehen“, erläuterte Schoigu.

„Die USA deklarieren, ohne sich dafür zu schämen, dass die Tendenzen in der internationalen Politik und Wirtschaft, die ihnen nicht recht sind, mit militärischer Kraft korrigiert werden können“, fügte Schoigu hinzu.

Dnr-online.ru: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen Truppen gestern um 20:45 das Feuer auf Trudowskije eröffnet. Es wurde mit Leuchtspurkugeln mit großkalibrigen Maschinengewehren geschossen, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

In der Folge des Beschusses geriet ein Nebengebäude in der Mamina-Sibirjaka-Straße 49 in Brand.

Weil das Gebäude in der Nähe der Kontaktlinie und in Reichweite von Schusswaffen ist, konnten Einheiten des Zivilschutzministeriums der DVR wegen der ständigen Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht an den Brandort kommen, um Löscharbeiten durchzuführen. Derzeit gibt es keinen Brandherd, es ist ein Schwelen zu beobachten.

Wir rufen die ukrainische Seite im GZKK auf, ein nachhaltiges Regime der Ruhe zu gewährleisten, damit eine Feuerwehrmannschaft an den Ort des Geschehens gelangen kann. Etwa eine Stunde später meldet die Vertretung der DVR im GZKK, dass die Reste des Brandherdes gelöscht werden konnten. Das Haus ist vollständig abgebrannt.

Dnr-news.com: Poroschenko erklärte, dass die Schaffung einer eigenen Landeskirche in der Ukraine helfen wird, den Donbass und die Krim zurückzugewinnen

Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko meint, dass die Schaffung einer einheitlichen lokalen orthodoxen Kirche in der Ukraine helfen wird, den Donbass und die Krim zurückzuholen. Dies erklärte er in der Sendung „Freiheit des Wortes“ des Fernsehsenders ICTV.

„Wird der Staat stärker, wenn er eine einige Kirche hat? Das ist offensichtlich so. Schließlich räumen wir innere Konflikte im Staat aus und befreien, nachdem wir uns vereinigt haben, bald das ukrainische Land – und den Donbass und die Krim“, sagte Poroschenko.

Der Präsident der Ukraine hatte am 22. April erklärt, dass das Patriarchat von Konstantinopel Prozeduren einleitet, die notwendig für die Schaffung einer einzigen autokephalen Kirche im Land sind. Seinen Worten zufolge könnte diese Entscheidung bis zum 28. Juli getroffen werden.

de.sputniknews.com: US-Medien werfen Pentagon Lüge über russische Flugabwehrsysteme vor

Das US-Verteidigungsministerium spielt die Leistungen der in Russland hergestellten Flugabwehrsysteme beim jüngsten Syrien-Angriff absichtlich herunter. Dieser Kniff könnte laut Angaben der Zeitschrift National Interest als Mittel dienen, um die Türkei vom Ankauf russischer S-400-Systeme abzubringen.

Die Flugabwehrsysteme russischer Herstellung seien „vollkommen wirkungslos“ gewesen, zitiert National Interest die Meldung der Sprecherin des Pentagons, Dana W. White.

Die Aussagen des Pentagons stehen aber nicht im Einklang mit den Milliarden, die von den USA und ihren Verbündeten für die Entwicklung der Stealth-Technologien ausgegeben werden. Vor dem Angriff auf Syrien hatte das Verteidigungsministerium regelmäßig darüber berichtet, wie das S-400-System den Zugang zu ganzen Gebieten verwehren könne (das sogenannte Anti Access/Area Denial-System).

Die Experten äußerten ihre Zuversicht, dass die Pentagon-Vertreter in der nächsten Sitzung des Verteidigungsausschusses des US-Senats wieder die Gefahr der S-300, S-400 und anderer Flugabwehrsysteme russischer Herstellung beschreiben würden, um ihre Programme und Kostenpläne zu rechtfertigen.

Zuvor hatten die USA, Großbritannien und Frankreich als Vergeltung für den angeblichen C-Waffen-Angriff in Duma über 100 Marschflugkörper gegen Syrien abgefeuert. 71 davon wurden von den syrischen Flugabwehrkräften abgeschossen. Der Angriff hatte keine Todesopfer zur Folge und auch die Bodenzerstörungen waren minimal. Russland setzte seine Kräfte nicht ein, da die Anschläge außerhalb der Verantwortungszone der russischen Luftabwehr verübt worden waren.

Im Dezember des vergangenen Jahres hatten Russland und die Türkei einen Kreditvertrag für S-400-Lieferungen unterzeichnet. Demgemäß sollte Ankara zwei Batterien des Raketenflugabwehrsystems kaufen. Washington äußerte sein Missfallen in Bezug auf die Vereinbarung und erklärte sich bereit, der Türkei alternative Raketenflugabwehrsysteme anzubieten, die den „Standards der Nordatlantischen Allianz“ entsprechen würden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32045/37/320453776.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag:

Es wurde Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

5:55-6:30 Uhr – aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja**: es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert;

7:05-8:00 Uhr – aus Richtung Schirokino auf **Leninskoje**: es wurden 8 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 30 des Kalibers 82mm abgefeuert, es wurden 12 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

8:10-8:40 Uhr – aus Richtung Schirokino auf **Sachanka**: es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

10:25-10:45 Uhr – aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo**: es wurde ein Mörsergeschoss des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem wurden 14 Schüsse mit Antipanzergranatwerfern abgegeben;

11:40-12:00 Uhr – aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka** mit Schusswaffen.

nachmittags:

dnr-news.com: Poltorak hat gesagt, wie viele Blauhelme nötig sind für den „Zwang zum Frieden“ im Donbass

Die Anzahl Soldaten der Friedensmission im Donbass kann je nach Aufgabenstellung 10000-40000 Menschen betragen. Das erklärte der Verteidigungsminister der Ukraine Stepan Poltorak im Interview mit „BBC Ukraina“.

„Es gibt zwei Varianten: die Friedenserhaltung und die Friedenserzwingung. Wenn es um die Friedenserhaltung geht, kann die Mission aus 10.000 bis 25.000 Mann bestehen. Wenn es um Friedenserzwingung geht, sollten es 35.000 bis 40.000 sein“, erklärte er.

Poltorak fügte hinzu, dass man im Generalstab der ukrainischen Streitkräfte weiß, „wie man mit der Mission zusammenarbeiten sollte“.

„Wir haben eine große Erfahrung: viele Offiziere, Generale und Militärangehörige haben an friedenserhaltenden Missionen teilgenommen – beginnend beim Generalstabschef bis zu den Befehlshaber einzelner Einheiten. Daher verstehen wir sehr gut, wie man mit einer solchen Mission zusammenwirken muss“, fasste der ukrainische Minister zusammen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524560575_dxxk9rqxkamun7i.jpg

de.sputniknews.com: Lawrow über „russophoben Hintergrund“ von G7-Ergebnissen

Die Ergebnisse der jüngsten Verhandlungen der G7-Staaten besitzen laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow alle Merkmale einer bestehenden russophoben Agenda.

„Es gibt wohl keine ernsthaften Fragen auf der Agenda, die sie in ihrem Kreis lösen können“,

kommentierte Lawrow die G7-Initiative zur Gründung einer Spezialgruppe für die „Untersuchung von Russlands Verhalten“.

Alle ernsthaften Fragen zu den Weltproblemen werden ihm zufolge nun in anderen Formaten, darunter auch im Rahmen der G20-Gruppe, behandelt.

„Was die Ergebnisse angeht (...): Der russophobe Hintergrund ist dort offensichtlich, über die russophobe und sehr glatte Linie sind leider auch jene Länder der G7 gegangen, die uns versichern, dass sie die Versuche, Russland zu isolieren, nicht teilen“, fügte Lawrow hinzu. Zuvor war berichtet worden, dass sich die G7-Staaten laut dem britischen Außenminister Boris Johnson darauf geeinigt hätten, eine „Spezialgruppe“ zu gründen, um Russlands angeblich „böses Verhalten“ zu untersuchen.

[Ukrinform.ua: Freeland: G7-Mitglieder werden Ukraine unterstützen](#)

Die Mitglieder der G7 versprechen, die Ukraine angesichts der russischen Aggression weiterhin zu unterstützen, erklärte gestern auf dem Gipfel der Außenminister der G7-Länder in Toronto die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Ukraine kennt sehr gut die wirklichen Folgen der gewaltsamen Handlungen Russlands. Deshalb werden die G7-Länder weiterhin die Ukraine bei den nächsten Wahlen vor dem Hintergrund der Aggression unterstützen“, sagte Freeland.

Sie fügte hinzu, dass die G7-Staaten auch die notwendigen Antikorruptions- und Wirtschaftsreformen in der Ukraine fördern werden.

[de.sputniknews.com: Iran erläutert Grund für seine Militärpräsenz in Syrien](#)

Der Außenminister des Irans Mohammed Dschawad Sarif hat während seines Auftritts vor dem Rat für auswärtige Beziehungen in New York den tatsächlichen Grund für die Präsenz iranischer Streitkräfte in Syrien mitgeteilt.

„Wir sind in Syrien, um die Eroberung Syriens durch Extremisten zu verhindern“, erklärte der Außenminister.

Zur Frage der Unterstützung des syrischen Präsidenten, Baschars-al-Assad, äußerte Sarif, dass der Iran „niemanden in Syrien“ unterstütze.

Zuvor war gemeldet worden, dass der iranische Präsident, Hassan Rouhani, dem syrischen Staatschef, Baschar-al-Assad, versprochen hätte, beim Wiederaufbau des Landes nach den Kriegshandlungen Unterstützung zu leisten.

[armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:](#)

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte in **Richtung Donezk** die Gebiete von **sieben Ortschaften beschossen**. Der Feind hat 24 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgefeuert sowie mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Gebiete von **vier Ortschaften** beschossen, auf die der Feind fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert hat, es wurden 198 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben sowie mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Mariupol** hat der Feind die Gebiete von **Kominternowo, Leninskoje, Sachanka** beschossen und drei 152mm-Artilleriegranaten und 150 Mörsergeschosse der Kaliber 120 bzw. 82mm abgefeuert sowie mit Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden **25-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Ankunft einer Kommission des Stabs der sogenannten „ATO“ im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte erhalten, die die Ausübung des Dienstes und die Lösung von Problemen mit den zunehmenden Rechtsverletzungen und militärischen Vergehen überprüfen soll.

So schließen wir eine Verstärkung des Beschusses in Richtung Gorlowka nicht aus, wie dies gewöhnlich der Fall ist, wenn Vertreter von übergeordneten Stäben der Kämpfer in der Nähe der Front tätig sind.

Ein weiterer Faktor, der diese Schlüsse bestätigt, ist die Notwendigkeit für das Kommando der 54. Brigade, ihr eigenes Rating in den Augen der Kontrolleure zu erhöhen sowie die Aufmerksamkeit von den ständigen Verletzungen der militärischen Disziplin durch die Kämpfer dieser Bande abzulenken.

So wurde nach unseren Informationen am 21. April in Folge nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Verhaltens der Soldat der 46. Bataillons „Donbass-Ukraina“ P. W. Lobanjo getötet. Aber um diese „Vorschriftswidrigkeit“, die Opfer nach sich zog, zu verheimlichen, und auch um Versicherungszahlungen an die Verwandten des Getöteten zu vermeiden, hat das Kommando der 54. Brigade in ihrer offiziellen Version den Tod des Kämpfers als Selbstmord dargestellt.

Außerdem arbeitet nach unseren Informationen derzeit im Verantwortungsbereich der 36. Brigade in Richtung Mariupol eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte. Ursache des außerplanmäßigen Besuchs einer so hochrangigen Kommission sind die großen Fehlbestände an Waffen und Munition in dieser Bande.

Der Fehlbestand wurde von Mitarbeitern des SBU entdeckt, als sechs Maschinengewehre 5,45mm und 5000 dazugehörige Patronen sowie 20 Granaten RGD-5, die in der Brigade als abgeschrieben registriert waren, beim Versuchs des Verkaufs im Oblast Nikolajewa entdeckt wurden.

Im Verlauf von vorläufigen Ermittlungsmaßnahmen wurde eine kriminelle Absprache des Leiters des Raketenartilleriewaffendienstes der Brigade O. P. Rospenowskij und des ihm unterstellten Leiters des Raketenartilleriewaffendienstes des 501. Bataillons S. W. Puschanki aufgedeckt, die Waffen und Munition der ihnen unterstellten Einheiten abschrieben und zum Verkauf auf das Territorium der Ukraine lieferten.

Inzwischen wurde von Mitarbeitern des SBU ein Fehlbestand von weiteren 30 Feuerwaffen und zugehöriger Munition, von vier Granatwerfern und sogar eines 82mm-Mörser entdeckt. Nach Angaben von unseren Quellen im SBU haben die Festgenommenen bei ersten Befragungen mitgeteilt, dass die genannten **Waffen über Strohmänner an die Streitkräfte unserer Republik verkauft** wurden.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Britische Militärs starten Entgiftungen in Salisbury – Medien

Drei Militärlastwagen sind in Salisbury eingetroffen, um die Gegend nach der Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia zu reinigen. Dies berichtet der britische Nachrichtensender Sky News.

Es sollen insgesamt neun Orte gesäubert werden, die von den Verletzten besucht worden seien. Darunter seien das italienische Restaurant Zizi, die Kneipe The Bishop's Mill, zwei Notdienstzentralen, die Polizeistation sowie das Haus und die Garage des Polizisten Nick Bailey, der ebenfalls vergiftet worden war.

Laut Sky News könnte der Sanierungsprozess mehrere Monate dauern.

Zuerst sollen die Spezialisten Boden-, Grassoden- und Pflastersteinproben nehmen und untersuchen. Dann werde eine Entgiftung durchgeführt, gefolgt von einer Testwiederholung zur Eliminierung jeglicher Spuren des Giftstoffs A234.

Die Operation soll von der Abteilung für Umweltschutz überwacht werden....



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32045/54/320455488.jpg>

mil-lnr.ru: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **sechsmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Stepowoje, Perwomajsk, Kalinowo und Kalinowka**.

Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden mehr als 50 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter seine Kräfte entlang der Kontaktlinie, was von der Fortsetzung der Vorbereitung von provokativem Beschuss von Ortschaften und Angriffshandlungen zeugt.

In den letzten Tagen wurde eine **Zunahme der Artilleriekräfte des Gegners um drei Abteilungen** bemerkt, zwei Haubitzenartillerieabteilungen und eine Antipanzerartillerieabteilung.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte verschlechtert sich der moralisch-psychische Zustand weiter. Bestätigungen dafür sind weitere Fälle der Verletzung der militärischen Disziplin und von Desertion in den Reihen der ukrainischen Einheiten in der „ATO“-Zone. Nach Informationen unserer Aufklärung hat in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade die Arbeit einer Kommission des Stabes der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ zu Fragen der Kontrolle der Organisation des Dienstes und der militärischen Disziplin begonnen.

In der nächsten Zeit schließen wir eine **Verschärfung der Situation im Gebiet von Solotoje und Katerinowka** an der Kontaktlinie nicht aus.

Gestern hat der Leiter der Lugansker militärisch-zivilen Oblastverwaltung (ukrainische Besatzungsbehörde, Anm. d. Übers.), Juris Garbus, Konstanin Iltschenko zum Leiter der zeitweiligen Verwaltung von Solotoje und Katerinowka im Popasnaja-Bezirk ernannt, dies ist ein Unterleutnant der 57. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte, der aktiv an der „ATO“ teilgenommen hat.

Im Zusammenhang damit, dass ein ehemaliger Soldat die Verwaltung der genannten

Ortschaften leiten wird, bereiten wir uns auf neue Provokationen vor. Wir wissen, dass Beschüsse des Territoriums der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verheimlicht werden und wohl die Zahl der Verbrechen gegenüber friedlichen Bürgern auf den zeitweilig besetzten Territorien zunehmen wird. Wir möchten die Einwohner dieser Ortschaften warnen, dass der neue Leiter der Verwaltung jetzt die ukrainischen Soldaten in jeglicher Weise decken und die friedlichen Einwohner nicht vor Abgaben, Diebstählen und anderen Ausschreitungen der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte schützen wird. Die Einheiten der Volksmiliz der LVR ihrerseits tun ununterbrochen Dienst und verteidigen die friedlichen Einwohner gegen die ukrainischen Aggressoren. Außerdem wird die **Vorbereitung für die Parade des Sieges** fortgesetzt, die trotz der zunehmenden Versuche von Provokationen und Terrorakten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte am 9. Mai stattfinden wird.

Ukrinform.ua: G7-Länder können Sanktionen gegen Russland ausweiten

Die G7-Länder seien bereit, zusätzliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen, sollte dies die Situation erfordern, heißt es in dem gemeinsamen Kommuniqué der Außenminister der G7-Länder.

„Wir erinnern daran, dass die Dauer der mit dem Donbass verbundenen wirtschaftlichen Sanktionen direkt von der vollständigen Umsetzung durch Russland der Abkommen von Minsk abhängt. Diese Sanktionen können gelindert werden, erst dann, wenn Russland wirklich ihre Verpflichtungen einhalten wird, aber wir bleiben bereit, weitere restriktive Maßnahmen zu ergreifen, sollte Russlands Vorgehen dies erfordern“, so das Kommuniqué. Die G7-Außenminister unterstützen voll und ganz die Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats und die Tätigkeit der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Suche nach einer Lösung der ukrainischen Krise.

„Wir sind überzeugt, dass der einzige Weg, eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu erreichen, in der vollständigen Erfüllung der Abkommen von Minsk liegt“, besagt das Dokument.

Wie Ukrinform berichtete, ist gestern im kanadischen Toronto der Gipfel der Außenminister der G7-Länder zu Ende gegangen. Zum ersten Mal in der Geschichte hat an der Sitzung die Ukraine teilgenommen.

de.sputniknews.com: G7 droht mit Verschärfung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland
Die G7-Länder könnten die Sanktionen gegen Russland wegen der Lage im Donbass verschärfen, „sollten die Handlungen Moskaus dies erfordern“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der G7-Außenminister nach dem Treffen im kanadischen Toronto.

„Wir verweisen darauf, dass die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen wegen des Donbass-Konflikts mit der vollen und unumkehrbaren Umsetzung der Minsker Abkommen durch Russland zusammenhängt“, heißt es in dem Kommuniqué.

Die G7-Länder beschuldigen Russland auch der Destabilisierung der Lage in der Welt. Dabei äußern diese Länder ihre Bereitschaft, mit Russland an der Lösung von regionalen Krisen und globalen Herausforderungen zusammenzuarbeiten.

„Wir bekennen uns zum Schutz und zur Förderung des internationalen Systems, das auf Regeln basiert. Dieses System tritt gegen das verantwortungslose und destabilisierende Vorgehen Russlands auf, darunter gegen Einmischung in die demokratischen Systeme anderer Länder (...). Dessen ungeachtet werden wir mit Russland weiter an den Fragen regionaler Krisen und globaler Herausforderungen zusammenarbeiten“, so die Erklärung...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32045/54/320455449.jpg>

ukrinform.ua: US-Außenministerium: G7 einig in der Absicht, Russland für seine Aggression in der Ukraine zur Verantwortung zu ziehen

Die G7-Länder seien einig in der Absicht, Russland für seine Aggression in der Ukraine zur Verantwortung zu ziehen, und fordern die Russische Föderation zur Erfüllung der Abkommen von Minsk und der Rückgabe der Krim an die Ukraine auf, erklärte die Pressesprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, meldet die Webseite des US-Außenministeriums.

„Wir sind auch einig in der Absicht, Russland für das Vorgehen in der Ukraine zur Verantwortung zu ziehen. G7 fordert gemeinsam Russland auf, seinen Verpflichtungen in Minsk nachzukommen, das Ausmaß an Gewalt zu verringern und die Krim unter die Kontrolle der Ukraine zu geben“, sagte sie.

de.sputniknews.com: Londons Antworten zu Skripal-Fall reichen Moskau nicht – ständige Vertretung bei OPCW

Die Antworten aus London auf die Fragen der russischen Seite zur Situation um die Vergiftung des ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia reichen Moskau nicht aus, verlautet aus der ständigen Vertretung bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW).

„Die erhaltenen Antworten der britischen Seite reichen uns nicht aus. Wir benötigen zweifellos Zeit für eine gründlichere Analyse. Der erste Eindruck: Die Briten haben uns keine Antworten auf die wichtigsten Fragen gegeben, die wir gestellt haben“, so die russische diplomatische Mission gegenüber Sputnik.

Russland arbeite nun mögliche Varianten für das weitere Vorgehen zum Fall Skripal durch: „In jedem Fall werden wir danach streben, Antworten zur Sache und zu den für uns wichtigsten Aspekten zu bekommen.“...

Lug-info.com: „In Verletzung aller zuvor übernommenen Verpflichtungen erteilt die verbrecherische Kiewer Regierung, unmittelbar Najew und Sabrodschij, Befehle zur Eröffnung des Feuers auf Positionen der Volksmiliz der LVR“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Bis 16:00 wurden bereits vier Beschüsse festgestellt“, erklärte er. Beschossen wurden das

Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor, die Gebiete von Logwinowo, Kalinowka, Nishneje Losowoje.

Die Beschüsse halten derzeit noch an.

de.sputniknews.com: Womit soll Kiew sie ernähren? – Politiker zu ukrainischem „Umsiedlungsplan“

Kiew will laut dem ukrainischen Außenminister Klimkin alle in Russland lebenden Ukrainer zurück in ihre Heimat bringen. Nun hat der Chef der Kommission für Informationspolitik im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, diese Absicht via Twitter kommentiert.

Laut Klimkin führt Russland Kriege gegen die ukrainische Seite. Dabei wies er darauf hin, dass rund drei Millionen Ukrainer in Russland leben. Kiew wolle demnach die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit diese ukrainischen Bürger in ihre Heimat – also in die Ukraine – zurückkehren. Puschkow zufolge sind diese Pläne zum Scheitern verurteilt.

„Kiew bereitet sich darauf vor, drei Millionen Ukrainer, die in Russland arbeiten, in die Ukraine zurückzubringen. Das ist völlig utopisch. Womit sollen die Kiewer Behörden sie ernähren? Verteilt Poroschenko (der ukrainische Präsident Petro Poroschenko – Anm. d. Red.) unter ihnen seine Milliarden? Ansonsten werden sie aus Russland zurückkehren und sofort auf den Maidan gehen“, so Puschkow in seinem offiziellen Twitter-Account.

Zuvor war berichtet worden, dass der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, vorgeschlagen hatte, den Einwohnern der russischen Krim die ukrainische Staatsangehörigkeit zu entziehen, falls sie diese besitzen.

Dnr-online.ru: Der Präsidentschaftskandidat Malis Oumar Mariko befindet sich zu einem Besuch in der DVR. Heute führte er in Donezk eine Pressekonferenz durch.

„Ich bin hierher gekommen, um einen Beitrag zu leisten, der sich in informationsmäßiger Unterstützung äußern wird. An allen öffentlichen Orten werde ich darüber berichten, was hier geschieht, um meine Solidarität mit Ihrem Volk zu zeigen und seinen Kampf zu unterstützen“, sagte Oumar Mariko.

Nach seinen Worten gelangt von den Verletzungen der Menschenrechte im Donbass von Seiten Kiews, der Zerstörung von Infrastruktur, dem Tod friedlicher Einwohner kaum etwas in die Öffentlichkeit.

„Die Ukraine verletzt grundlegende Rechte. In meinen Augen ist sie ein echtes terroristisches Land“, fuhr er fort.

Oumar Mariko unterstrich, dass er keinen Zweifel an der Notwendigkeit hat, die DVR und LVR anzuerkennen. Für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten Malis versprach er, in seinem Land Vertretungszentren der DVR und der LVR zu eröffnen.

de.sputniknews.com: **EU will Armenien mit Demokratisierung helfen**

Nach den Groß-Protesten in Armenien und dem danach folgenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Serge Sargsjan hat die EU sich bereit erklärt, die Demokratie in dem Kaukasusland zu stärken.

„Die EU wird Armenien helfen, die Demokratie, die Justiz und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und die Korruption zu bekämpfen“, sagte der Chef der EU-Delegation in Eriwan, Pjotr Switalski.

Die jüngsten Ereignisse in Armenien (Proteste – Anm. der Red.) haben ihm zufolge gezeigt, dass diese Werte sehr wichtig für die Armenier sind. „Die EU wird mit Armenien und den Armeniern zusammenstehen.“ Switalski rief die Konfliktparteien auf, alle Differenzen mit Dialog zu lösen.

Der armenische Ministerpräsident Serge Sargsjan ist am Montag im Ergebnis der

Protestaktionen zurückgetreten.

Die Proteste gegen die Wahl von Sargsjan zum Ministerpräsidenten Armeniens hatten am 13. April begonnen. Die Opposition wirft dem Ex-Präsidenten vor, das Land nicht effektiv regiert zu haben, wodurch sich die Wirtschaftslage verschlechtert habe.

Ungeachtet der Proteste war Sargsjan vorige Woche vom Parlament Armeniens zum Regierungschef gewählt worden. Dies geschah, nachdem eine Verfassungsänderung in Kraft getreten war, laut der das Land zur parlamentarischen Regierungsform übergeht, wobei der Premierminister fortan die dominierende Figur in der Machtvertikale sein wird. Sargsjan war zweimal zum Präsidenten des Landes gewählt worden — in den Jahren 2008 und 2013.

de.sputniknews.com: Ressourcen erschöpft: Uno sucht nach Geld für Notleidende in Syrien
Die Uno hat ihre Ressourcen für die Hilfe für Notleidende in Syrien fast aufgebraucht. Das teilte der Uno-Nothilfekoordinator Mark Lowcock am Dienstag in Brüssel mit.

Aufgrund der steigenden Zahl von Menschen, die dringend Hilfe benötigen, habe die Uno ihre Ressourcen ausgeschöpft, um angemessen auf diese Situation reagieren zu können, sagte Lowcock.

Dieses Jahr wollten die Uno und die mit ihr kooperierenden Organisationen 3,5 Milliarden US-Dollar für die Hilfe sammeln, fügte er hinzu.

Am Montag hatte in Brüssel die zweite internationale Syrien-Geberkonferenz begonnen.

Ende März hatte die US-Zeitung „The Wall Street Journal“ berichtet, US-Präsident Donald Trump habe das Einfrieren von 200 Millionen Dollar beschlossen, die für den Wiederaufbau Syriens bereitgestellt worden seien.

de.sputniknews.com: US-Aufklärungsflugzeuge nahe russischer Stützpunkte in Syrien gesichtet

US-Spionageflugzeuge haben in der Nähe der russischen Stützpunkte im Ost-Mittelmeer Flüge unternommen. Dies berichtet das Webportal CivMilAir, das die militärische Luftfahrt verfolgt, via Twitter.

Ein US-Aufklärungsflugzeug vom Typ EP-3E Aries II mit der Bordnummer 157326 wurde demnach am Montag im Luftraum Syriens in der Nähe des russischen Stützpunktes Tartus und der Luftwaffenbasis Hmeimim gesichtet.

Daraufhin sei eine strategische US-Aufklärungsdrohne RQ-4B Global Hawk vom Luftwaffenstützpunkt Sigonella auf Sizilien gestartet und in Richtung der Seegrenzen von Libanon und Syrien in einer Höhe von rund 16.000 Metern geflogen.

Darüber hinaus soll ein Nato-Flugzeug E-3A Sentry AWACS am Montag in den türkischen Luftraum eingedrungen sein und einen mehrstündigen Flug in der Nähe der syrischen Grenze unternommen haben. Die Maschine mit der Bordnummer LX-N90448 und dem Rufzeichen NATO09 soll vom Luftstützpunkt im türkischen Konya gestartet sein.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Nachmittag

Es wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

13:25 – aus Richtung Nowoluganskoje auf **Golmowskij**: es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 83mm abgeschossen;

13:50-14:10 – aus Richtung Trawnewoje auf **Dolomitnoje**: es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

14:05-14:25 – aus Richtung Troizkoje auf **Oserjanowka**: es wurden 50 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

14:35-14:55 – aus Richtung Opytnoje auf **Spartak**: es wurden 2 Mörsergeschosse des

Kalibers 82mm abgeschossen;

15:35-15:55 – aus Richtung Troizkoje auf **Oserjanowka**: es wurden 29 Schüsse mit automatischen Granatwerfern abgegeben, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

16:20-17:00 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**: es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, es wurden 2 Schüsse mit Antipanzergranatwerfern abgegeben;

17:45 – aus Richtung Krasnogorowka auf **Trudowskije**: es wurden 5 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

de.sputniknews.com: Berlin: USA an Konflikt um Nord Stream 2 interessiert

Der Konflikt um das Projekt Nord Stream 2 ist laut Klaus Ernst, Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Bundestag, von den USA absichtlich angeheizt, um die Konkurrenz aus dem Gasmarkt zu verdrängen.

„Nord Stream 2 würde offensichtlich eine günstigere Alternative sein, als die vorhandenen Transportwege durch das ukrainische UKDS-System“, sagte Ernst auf einer internationalen Konferenz unter dem Motto „Aussichten für Wirtschaftskooperation Russland-EU. Gasfrage“.

„Dieser Konflikt ist massiv beeinflusst durch das Interesse der USA, zum Teil gefracktes LNG-Gas in großer Masse in Europa abzusetzen.“

Die amerikanische Haltung widerspreche grundsätzlich europäischen und deutschen Interessen, betonte der Politiker. Es sei bekannt, dass Flüssiggas umweltschädlich gefördert werde. Es gäbe bei weitem umweltfreundlicheres Erdgas wie zum Beispiel das aus Sibirien.

„Auch die bisherige Position der EU-Kommission, Nord Stream 2 zu beenden oder zu verhindern, entspricht mehr dem amerikanischen als dem europäischen Interesse“, so Ernst weiter.

Die USA hätten ihm zufolge schon immer versucht, den Bau von Pipelines aus Russland nach Europa zu behindern. Das sei seit den 1970er Jahren der Fall. „Generell sind vernünftige wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland für beide Länder von Vorteil“...

de.sputniknews.com: Jagd auf Russen-Bots: Stumpfe Lüge fällt London auf die Füße.

Russische Bots und Trolls sind wieder reger geworden. Das sagt die Regierung von Theresa May und gibt vor zu wissen, wie hoch der Anstieg dieser Aktivitäten ist: sage und schreibe 4.000 Prozent! Britische Zeitungen greifen diese ach so glaubwürdige Erklärung auf und tragen sie ungeprüft in die Welt. Eine Kurzsrecherche entlarvt die Lüge.

Nahezu alle britischen Leitmedien haben die Regierungserklärung über die Russen-Bots abgedruckt, ganz ohne vorherige Prüfung, Recherche und Analyse. Die Zeitung „The Guardian“ teilt gleich in der Überschrift mit, Russland verbreite nach der Vergiftung in Salisbury „Fake-News durch Bots bei Twitter“, und verweist auf Twitter-Accounts, die in Russland ansässig seien.

So wie @Ian56789 – ein richtig fleißiger „Bot“, hat er doch seit dem 7. April Zeitungsangaben zufolge bis zu 100 Postings pro Tag verbreitet und innerhalb von zwölf Tagen eine Leserschaft von 23 Millionen Nutzern erfasst. Oder @Partisangirl: 61 Millionen Nutzer und 2.300 Postings im selben Zeitraum. Nach Ansicht von „The Guardian“ sind das wirklich russische Bots, die automatisch Mitteilungen herum-twittern.

Tatsächlich aber sind das Twitter-Accounts von echten Menschen, die überdies keinerlei Verbindung zu Russland haben. Und es hätte den britischen Journalisten nicht allzu viel Mühe abverlangt, sich persönlich davon zu überzeugen.

Das Twitter-Konto @Ian56789 etwa, das im Bericht der britischen Regierung erwähnt wird, gehört einem Rentner aus dem Vereinigten Königreich. Es ist ein Leichtes, Kontakt zu ihm

aufzunehmen, was der Verfasser dieser Zeilen auch getan hat. Auf diesem Weg hat Ian56789 überhaupt erst erfahren, dass er von seiner Regierung zum Russen-Bot erklärt wurde. Ian berichtet, kürzlich zeitgleich mit der Veröffentlichung des Regierungsberichts bei Twitter gesperrt worden zu sein. Weder der Kurznachrichtendienst noch die Regierung noch die Journalistin von „The Guardian“ (die mit dem ominösen Artikel) hätten ihn vorher kontaktiert.

Erst als Ians Follower bei Twitter dessen Identität bestätigt hatten, sei der Account freigeschaltet worden. Immerhin habe sich Twitter entschuldigt. Die britischen Journalisten denken derweil offenbar gar nicht daran. Auch durch persönliche Anwesenheit bei Sky News im Studio neulich zu einem Interview konnte Ian sie offensichtlich nicht überzeugen, ein echter Mensch zu sein.

Gefragt, warum sie zwei Twitter-Nutzer in ihrem Artikel als Russen-Bots hinstellt, antwortete die Guardian-Journalistin Heather Stewart wortkarg, dies sei nicht ihre Analyse, sondern die der Regierung. In einem Sturm der Kritik haben Netz-User sie darauf hingewiesen, dass sie keine Stenografin der britischen Führung sei und es zu ihren Aufgaben gehöre, Fakten zu checken, bevor sie Menschen an den Pranger stelle.

Erst recht, wenn es sich um eine renommierte Kollegin handelt, wie bei Maram Susli, syrienstämmige Youtuberin aus Australien, aka @Partisangirl. Um dies festzustellen, hätte eine einfache Google-Suche gereicht. Aber davon abgesehen, ist der Twitter-Account der jungen Frau verifiziert, worauf eigens ein Icon verweist.

Auch die Zeitung „The Times“ hat einen vermeintlichen russischen Troll ausfindig gemacht. Das britische Blatt attackiert ja längst jeden, der es wagt, die westliche Syrien-Politik zu kritisieren. Diesmal ist eine Oma aus Finnland ins Fadenkreuz geraten: Mit Verweis auf Angaben des Atlantic Council bezeichnet die Zeitung den Twitter-Account Citizen Halo (@haloefekti) als russischen Troll, der sich als finnische Aktivistin tarne.

Natürlich hat auch „The Times“ nicht mit der Eigentümerin des Accounts gesprochen. Sonst hätte die Zeitung – wie der Autor dieses Artikels – erfahren, dass Citizen Halo in der Stadt Jyväskylä geboren wurde und bis heute dort lebt. In einer Videobotschaft musste die Frau die Sache klarstellen: „Ich bin kein russischer Troll, sondern eine finnische Oma, eine überzeugte Kriegsgegnerin. Das hätte man leicht überprüfen können, weil ich seit neun Jahren bei Twitter bin.“

Die Times-Redakteurin Deborah Haynes habe sie vor rund einem Monat mit der Frage kontaktiert, ob sie ein prorussischer Troll sei, sagt die finnische Rentnerin. Den Screenshots nach zu urteilen, die die Finnin bereitgestellt hat, hat sie diese Frage verneint. Doch die Times-Redakteurin behauptet, Citizen-Halo habe auf die Anfrage nicht reagiert. Weder @Ian56789 noch @Partisangirl noch Citizen Halo sind russische Trolls. Sie sind schlicht und ergreifend Blogger, deren Meinung bestimmten Redakteuren oder „Kremlkennern“ aus dem Atlantic Council gefällt. Deshalb werden sie Opfer der Jagd nach russischen Bots.

Einige Blogger teilen mit, sie würden derzeit gerichtliche Schritte wegen Verleumdung prüfen. Doch die Zeitungen, die echte Menschen als Bots stigmatisiert haben, lassen sich mit Entschuldigungen Zeit. Sonst müssten sie ja offen zugeben, dass die britische Regierung ihre Bürger belügt, weil sie fraglichen Informationen eines US-amerikanischen Think-Tanks vertraut.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32045/72/320457215.jpg>

de.sputniknews.com: Kämpfer beschießen Markt in Damaskus: Tote und Verletzte – Medien
Beim Beschuss eines Marktes in Damaskus durch Terroristen sollen vier Menschen getötet und 15 verletzt worden sein. Das berichtet die syrische Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf eine Quelle bei der Polizei.

Nach Angaben der Quelle beschossen die Milizen den Markt im Bezirk Naher Aisha in Damaskus mit Minenwerfern. Dabei sollen vier Menschen ums Leben gekommen sein, es soll 15 Verletzte geben.

Laut der Nachrichtenagentur wurde der Beschuss aus den Gebieten südlich von Damaskus geführt, wo illegale bewaffnete Gruppierungen agieren.

Am Montag hatte das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien mitgeteilt, bei Beschuss in Damaskus seien zwei Menschen getötet und 14 verletzt worden.

Rusvesna.su: Über tausend „Veteranen der ATO“ haben Selbstmord begangen – schockierende Zahlen wurden in der Ukraine bekanntgegeben

Mehr als tausend ukrainische Soldaten, die an der Strafoperation Kiews im Donbass teilgenommen hatten, haben sich nach der Rückkehr aus der „ATO-Zone“ selbst das Leben genommen.

Diese schockierenden Zahlen äußerte der Abgeordnete der Fraktion „Block Poroschenko“, Vorsitzender des Komitees der Obersten Rada für Angelegenheiten der Veteranen und Teilnehmer von Kampfhandlungen, Teilnehmer der „ATO“ und Menschen mit Behinderungen Alexandr Tretjakow.

„In der Ukraine haben mehr als tausend Menschen, die in der ATO gekämpft haben, Suizid begangen.... In diesem Krieg werden Artilleriewaffen verwendet. Und natürlich hängen alle psychologischen Traumata meist damit zusammen. Das ist für Soldaten besonders schwierig. Viele haben Kontusionen“, sagte Tretjakow auf der Konferenz „Praktiken der Integration von Veteranen in das zivile Leben“.

Er erklärte auch, dass zum Stand des 2. April die Anzahl der „ATO“-Teilnehmer in der „Poroschenko-Ukraine“ 329500 betrug. Insgesamt gibt es in der Ukraine mehr als 1,6 Mio Veteranen, was 4% der Bevölkerung des Landes ausmacht.

[Ukrinform.ua: PACE erkennt an, dass der besetzte Donbass unter Kontrolle Russlands ist](#)
[Die Parlamentarische Versammlung des Europarates \(PACE\) hat eine Resolution verabschiedet, in der die Formulierung „durch die Regierung unkontrollierte Gebiete“ der Ukraine in „Gebiete unter der tatsächlichen Kontrolle der Russischen Föderation“ geändert](#)

wurde.

Dies entnimmt man der Resolution „Notsituation: Fragen der Proportionalität über Einrückungen, die durch den Artikel 15 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte vorgesehen sind“, die am 24. April in PACE verabschiedet wurde, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Versammlung verurteilt erneut die russische Aggression in der Ukraine, die Verletzungen des Völkerrechts und der Grundsätze, die durch den Europarat verankert sind“, heißt es weiter im Dokument.

de.sputniknews.com: Hilfe!! Russische Propaganda!! - Alberne Vorwürfe gegen russische Medien.

In den Bemühungen, von ihrer tendenziösen Berichterstattung über russische Politik abzulenken, werden Bundesregierung und deutsche Medien zunehmend hysterischer. Nachdem Sputnik-Korrespondenten kritisiert wurden, weil sie die Regierungspressekonferenz dazu nutzen, wozu sie da ist, also zum Fragen stellen, sind nun die Redaktionen an der Reihe. Die Hysterie sowohl der deutschen offiziellen Behördenstellen als auch der deutschen Leitmedien hinsichtlich der angeblichen "Falschmeldungen" und "Fake News", die Sputnik veröffentliche, wird unübersehbar immer schriller.

Selbst das Auswärtige Amt versucht, in einer Sonder-Mitteilung auf die angeblichen "falschen Gerüchte" von Sputnik hinzuweisen - und verzettelt sich dabei selbst komplett in den Fakten und Fakes.

Sehen Sie hier ein Sputnik-Video zu den "falschen" und "richtigen" Gerüchten im Fall Skripal sowie zu der Rolle der sogenannten "Weißhelme" im syrischen Konflikt.

https://video.img.ria.ru/Out/Flv/direct/2018_04_24_READGiftgas_nxzjf11s.jv1.mp4

de.sputniknews.com: Anschlag zu Mai-Feiertagen vereitelt: Russische Spezialkräfte töten zwei Terroristen

In der russischen südlichen Kaukasus-Provinz Dagestan ist nach Angaben des russischen Anti-Terror-Komitees (NAK) eine Spezialoperation durchgeführt worden. Dabei wurden zwei Terroristen getötet. Sie sollen einen Anschlag in Russland in den Mai-Feiertagen geplant haben.

Die Operation sei nahe des Dorfes Tschinar durchgeführt worden, wo die Terroristen zuvor aufgedeckt worden waren.

Sie seien dabei zunächst dazu aufgerufen worden, ihre Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Daraufhin hätten die Terror-Anhänger jedoch Feuer auf die Sicherheitskräfte eröffnet.

"Auf das Angebot, ihre Waffen niederzulegen und sich den Behörden zu ergeben, eröffneten sie (die Terroristen) das Feuer mit automatischen Waffen. Bei dem kurzen Feuergefecht wurden beide Banditen neutralisiert. Nach vorliegenden Informationen waren sie Anhänger einer internationalen Terrororganisation und bereiteten einen Terroranschlag zu den Mai-Feiertagen vor", heißt es in der Mitteilung des NAK.

Im Versteck der getöteten Terroristen sei zudem ein umfangreiches Waffenarsenal entdeckt worden, darunter Schusswaffen, Granaten und Granatenwerfer, umfangreiche Munitionsvorräte.

Bei der Operation seien keine Sicherheitskräfte und auch keine Zivilisten verletzt worden. In der südrussischen, islamisch geprägten Republik Dagestan kommt es immer wieder zu Anti-Terror-Einsätzen russischer Spezialkräfte — nicht selten sind diese Operationen gegen Anhänger des IS gerichtet.

Dnr-news.com: In Lwow wurde ein Zeichenwettbewerb zur SS-Division „Galizien“

ausgerufen

Die Abteilung des Wissenschafts- und Bildungsministeriums in Lwow hat einen Zeichenwettbewerb für Jugendliche zur SS-Division „Galizien“ ausgerufen. Dies berichtete der Vorsitzende des Allukrainischen Jüdischen Komitees Eduard Dolinsky.

„Wenn du zwischen 14 und 18 Jahre alt bist und gut zeichnen kannst – beeile dich. Die Lwower Abteilung des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums führt einen Zeichenwettbewerb zum Thema ‚Ukrainische Freiwillige in den Reihen der Division Galizien 1943-1945‘ durch“, schrieb Dolinsky auf Facebook.

Er fügte der Nachricht auch ein Foto des Ankündigungsposters für den Wettbewerb hinzu.

„Wenn ihr einen SS-Mann oder ein Treffen des Reichsführers Heinrich Himmler mit Mitgliedern der Division gut zeichnet, könnt ihr einen Preis gewinnen – 3000 Griwna“, fügte Dolinsky ironisch hinzu.

**КОНКУРС
МАЛЮНКІВ
З ПРИЗОВИМ
ФОНДОМ**

**НА ТЕМУ:
УКРАЇНСЬКІ
ДОБРОВОЛЦІ
В ЛАВАХ
ДИВІЗІЇ
"ГАЛИЧИНА"
1943-1945 РР.**

НАГОРОДИ
1 місце – 3 000 грн.
2 місце – 2 000 грн.
3 місце – 1 000 грн.

Також авторів 20-ти найкращих малюнків буде нагороджено заохочувальними призами.

Варіанти буде нагороджено 25 малюнків та заохочувальні призи. Всього буде 70 призових і заохочувальних призових. Конкурс проводиться з 15 квітня 2018 року до 20 квітня 2018 року. Адреса: м. Львів, вул. Просвіти 4а. (Департамент Освіти і науки).

Роботи приймаються до 20 квітня

- Авторі робіт віком від 14 до 18 років.
- Формат роботи не більше А3.
- Роботи не потрібно оформляти рамкою, паспортом, наклеювати тощо.
- На зворотньому боці кожної конкурсної роботи необхідно укр. мовою розбірливо зазначити: назва роботи, ПІБ та дату народження автора, район та адресу проживання автора, назву, назначального закладу, контактний телефон, ПІБ відповідального вглядача.

Роботи надсилає за адресою:
м. Львів, вул. Просвіти 4а.
(Департамент Освіти і науки)

DNR-NEWS.COM

<http://dnr->

[news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524570010_31206409_1897996673565725_8055303965006364672_n.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1524570010_31206409_1897996673565725_8055303965006364672_n.jpg)

de.sputniknews.com: Kreml kommentiert Berichte über 10 Billionen teuren Durchbruch
Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die von der Nachrichtenagentur „Bloomberg“ verbreiteten Informationen über die Erhöhung der Kosten für das Sozialsystem

im russischen Haushalt um zehn Billionen Rubel (umgerechnet mehr als 132 Milliarden Euro) kommentiert.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ berichtet, der russische Staatschef werde nach seiner Amtseinführung am 7. Mai einen Erlass unterzeichnen, laut dem zusätzliche zehn Billionen Rubel in Gesundheitswesen, die Bildung und Infrastruktur investiert werden sollen. Ein solches Dokument werde zwar tatsächlich vorbereitet, sagte Peskow. Allerdings: „Was die Gelddimensionen anbetrifft, die zitiert wurden, so entspricht diese Information nicht der Wirklichkeit.

Laut „Bloomberg“ sollen die zusätzlichen Investitionen durch die Reduzierung anderer Kosten gewährleistet werden. So könnten beispielsweise der Verteidigungsetat gekürzt und wahrscheinlich die Steuerbelastung erhöht werden.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Abend

Es wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in folgenden Richtungen festgestellt:

18:05-18:25 – aus Richtung Majorsk auf **Sajzewo**: es wurden 2 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 10 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem wurden Schusswaffen verwendet;

18:05-18:25 – aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije**: es wurden 3 Mörsergeschosse abgeschossen, eines vom Kalibers 120mm und zwei vom Kaliber 82mm sowie 29 Granatgeschoss mit automatischen Granatwerfern;

18:05-18:50 – aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje**: es wurden 29 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

18:10-18:35 – aus Richtung Gnutowo auf **Oktjabrj**: es wurden 45 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben;

18:15-18:45 – aus Richtung Lebensdinskoje auf **Kominternowo**: es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, 40 Schüsse mit Schützenpanzern und 30 Schüsse mit Abwehrgeschützen abgegeben;

18:20-18:57 – aus Richtung Wodjanoje auf **Dsershinskoje**: es wurden 5 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;

18:30-19:05 – aus Richtung Lebendinskoje auf **Sachanka**: es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 8 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen;

18:40-19:10 – aus Richtung Wodjanoje auf **Kominternowo**: es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;

18:55 – aus Richtung Schowanka auf **Sajzewo**: es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;

18:55 – aus Richtung Talakowka auf **Leninskoje**: es wurden 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

19:00 aus Richtung Nowgorodskoje auf **Schirokaja Balka**: es wurden 25 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

de.sputniknews.com: Solche „Spezialisierung“ hatten Gefängnisse der Terroristen in Duma Terroristen aus der Gruppierung Dschaisch al-Islam haben in der syrischen Ortschaft Duma in Ost-Ghuta mehrere Gefängnisse eingerichtet, in denen sie Tausende Menschen auf einmal hielten.

Wie Einwohner der Stadt Sputnik mitteilten, fuhren die Militanten ihre Geiseln in eisernen

Zwängern in der Stadt herum. Auf diese Weise bestrafte sie ihre Häftlinge einerseits und hatten gleichzeitig die Möglichkeit, eindrucksvolle Videoaufnahmen zu machen und die Einheimischen einzuschüchtern. In den Gefängnissen befanden sich sowohl Zivilisten als auch Kämpfer aus anderen Gruppierungen, mit denen Dschaisch al-Islam Konflikte hatte. Jedes Gefängnis hatte seine eigene „Spezialisierung“. Das bekannteste Gefängnis hieß al Taubeh („Buße“ auf Deutsch). Dort waren Menschen eingesperrt, die mit Hilfe von Strafen und Folterungen aus der Sicht der Terroristen noch „verbesserungsfähig“ waren. Die Terroristen führten dort mit ihren Häftlingen Erziehungsgespräche, studierten die Scharia und die bei den Terroristen üblichen Normen.

Wenn ein Häftling sich bereit erklärte, sich den Terroristen anzuschließen, wurde er für eine spezielle Ausbildung ins Gefängnis al Kahf überführt.

Das Gefängnis al Batun war für syrische Armeeangehörige und Terroristen aus anderen Gruppierungen vorgesehen. Dort wurde am meisten gemordet und gefoltert. Laut den Einwohnern von Duma wurden als „al Batun“ einzelne Zellen im Gefängnis al Taubeh bezeichnet.

Frauen wurden in den Gefängnissen al Safinah und al Buq gehalten. Das letztere bestand aus etwa 50 Zellen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32046/00/320460007.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Proteste in Armenien: Bürger wehren sich gegen Betrüger – nicht gegen den Kreml**

Der Protest in Jerewan ist keinen Deut mit dem Maidan in Kiew vergleichbar. Die Demos in Armenien sind keine Anti-Russland-Bewegung. Zwar trägt der Protest antirussische Züge, in Form der Sponsoren und des selbsternannten Anführers etwa. Aber gerichtet ist er einzig und allein gegen eine Politik des Stillstands und Wortbruchs.

Armeniens ehemaliger Präsident Serzh Sargsyan ist, gelinde gesagt, einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. Das bekommt jeder mit, der einmal nach Jerewan fährt und mit den Einheimischen spricht. Was die Menschen aufregt, ist die tobende Korruption und die

allgemeine Stimmung der Perspektivlosigkeit, die im Land herrscht.

In den zehn Jahren der Regierung Sargsyans als Präsident trat die Wirtschaft des Landes in US-Dollar gemessen praktisch auf der Stelle, und auch die Bevölkerungszahl stagnierte. Das Investitionsklima ließ zu wünschen übrig: Viele Geschäftsleute arbeiten lieber in Georgien oder in Russland statt in ihrer Heimat. Außenpolitisch sind auch keine besonderen Erfolge festzustellen.

Dieser Unbeliebtheit zum Trotz schaffte es Serzh Sargsyan sich zwei Präsidentschaften lang, die die armenische Verfassung als maximal vorsieht, an der Macht zu halten. Zu erklären ist diese Sesshaftigkeit im Regierungssitz nicht allein durch Sargasyans Talent, die Macht in seinen Händen zu halten. Vielmehr nutzte er es gekonnt, dass er in der Opposition zwar viele Gegner hat, aber nur wenige unter ihnen Anhänger von Teamwork sind. Ein kluger, charismatischer, zugleich gemäßigter Anführer, der die Opposition vereinen könnte, fehlt indes. Was dem Präsidenten zudem half, war die Passivität der Bevölkerung.

Ja, die Menschen Armeniens lieben den Protest. Der gehört zur Politikultur des postsowjetischen Armeniens unbedingt dazu: „In der neuesten Geschichte Armeniens wurden faktisch alle Wahlkampagnen von Protesten begleitet, die die Wahlergebnisse auf den Straßen der Hauptstadt anfochten“, sagt der russische Kaukasus-Kenner Sergej Markedonow. Doch die Proteststimmungen kristallisierten sich sporadisch, wenn bestimmte Ereignisse wie Wahlen als Katalysatoren wirkten. Dahinter stand kein System, weshalb die Proteste meist auch zu nichts führten: Die Menschen ließen Dampf ab und gingen nach Hause.

Vielleicht hofften einige von ihnen, dass nicht der Protest, sondern die Zeit sie von Serzh Sargsyan erlösen würde. Der armenische Präsident kann ja höchstens zwei Amtszeiten lang regieren. Als dann eine Reform eingeleitet wurde, um das Präsidential- in ein parlamentarisches System umzuwandeln, wurden viele Menschen unruhig: Sie verdächtigten den Präsidenten, dessen Amtszeit sich dem Ende zu neigte, die Reform dazu zu nutzen, um die eigene Macht zu sichern.

Der damalige Präsident Sargsyan räumte jedoch alle Zweifel aus, indem er offiziell erklärte, nie wieder als armenischer Präsident zu kandidieren. Auch um das Amt des Ministerpräsidenten werde er sich nicht bewerben, sollte das Volk sich letztlich für das parlamentarische Regierungsmodell entscheiden. „Ich bin überzeugt, dass ein und derselbe Mensch es nicht mehr als zwei Mal in seinem Leben beanspruchen sollte, am Ruder der Macht in Armenien zu stehen“, sagte der damalige Staatschef im nicht allzu fernen Jahr 2014.

Worthalten muss nicht sein

2015 stimmte das Volk für die Reform und hat 2017 ein Parlament gewählt, das in diesem April einen neuen Regierungschef wählen müsste. Die Mehrheit der Parlamentssitze hat die Republikanische Partei erhalten – ein Erfolg des damaligen Premierministers Karen Karapetjan.

Dieser hatte dem Volk zwar nicht versprochen, es würden Milch und Honig in Armenien fließen, aber dafür eine Reihe wirtschaftlicher Reformen initiiert. So erzielte er in seiner Amtszeit seit September 2016 ein Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent in 2017, das Rekordhoch des vergangenen Jahrzehnts. Die Armenier wähten sich schon in einer besseren Zukunft – Umfragen zufolge würden 28 Prozent der Bürger des Landes Karen Karapetjan gern als Ministerpräsidenten sehen –, doch die öde Vergangenheit fuhr dazwischen.

Serzh Sargsyan, der das Amt des Präsidenten inzwischen abgegeben hatte, nahm sein Wort einfach zurück: Seine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten wurde ins Parlament eingebracht und die Volksvertreter wählten ihn mit der überwältigenden Mehrheit von 77 Stimmen zum Regierungschef (neben den 69 Abgeordneten aus der Regierungskoalition votierten auch oppositionelle Politiker für den Wortbrüchigen). Dabei sind Sargsyans Anhänger fest davon überzeugt, dass er sein Wort nicht gebrochen habe. Er habe ja gar nicht kandidiert, sondern sei von der Regierungspartei für das Amt des Premiers vorgeschlagen worden, weil es keine Alternative gebe. Also habe er diese Bürde auf sich nehmen müssen.

Formal hat Sargsyan keine Regel verletzt. Er hatte das Recht als Ministerpräsident zu kandidieren. Und 25 Prozent der Bürger wünschten Umfragen zufolge auch, dass er das werde. Aber zum einen sind diese 25 Prozent größtenteils Passivwähler und zum anderen sind doch die Unbeliebtheitswerte des ehemaligen Präsidenten extrem hoch. Kein Wunder also, dass Sargsyans Husarenstück zu einem mächtigen Protestkatalysator geworden ist. Die Menschen sind auf die Straße gegangen, und der Protest hat sich verselbstständigt, weshalb mancher Beobachter darin Parallelen zum Maidan erkennt, die es jedoch nicht gibt. Es stimmt ja, dass der eifrige Russland-Gegner Nikol Paschinjan zum selbsternannten Anführer der Jerewan-Protteste geworden ist. „Paschinjan setzte sich vehement gegen die Teilnahme Armeniens an der eurasischen Integration ein, und er gilt als einer der radikalsten antieurasischen Politiker des Landes. Er hatte versucht, die Ratifizierung der Zollcharta der Eurasischen Union aggressiv zu verhindern, und forderte den sofortigen Austritt Armeniens aus der EAWU“, sagt Nikita Mendkowitsch vom Eurasischen Analyse-Klub. Doch es ist wichtig zu wissen, dass Paschinjan nicht seines Einflusses wegen den Protest anführt. Der antirussische Block namens „Elk“ (sprich „Austritt“ aus der eurasischen Integration), dem er angehört, erhielt bei den Parlamentswahlen nur 7,78 Prozent der Stimmen und neun Sitze. Dies ist der wirkliche Anteil der russlandfeindlichen Wähler unter den armenischen Bürgern. Zum Protestanführer ist Paschinjan nur seines Charismas, seiner Radikalität und seiner Anti-Sargsyan-Agenda wegen geworden. Die Bürger ziehen bei seiner „Farbrevolution“ nicht gegen Russland mit, sondern gegen den nun ehemaligen armenischen Premier.

Und es stimmt auch, dass die Geschichte etliche Beispiele kennt, dass unterschiedliche Gruppen sich um einen umstrittenen Politiker versammeln, der auf der Protestwelle reitend an die Macht kommt – und dann ganze Gesellschaftsschichten bereuen lässt, ihn mitgetragen zu haben. Doch Armenien zählt sicherlich nicht zu diesen Fällen: Die Menschen dort sind nicht bereit, die Beziehungen zu Moskau zu kappen.

Manche meinen, der Ausgang der Regierungskrise in Armenien sei offen und die Machtübernahme durch Nikol Paschinjan nicht ausgeschlossen – mit all den Konsequenzen für die armenisch-russischen Beziehungen, die daraus folgen. Doch um diesen Weg zu gehen, müsste der selbsternannte Protestanführer seine Anti-Russland-Politik der Mehrheit der Armenier schmackhaft machen. Und das wird sicherlich nicht einfach: Die meisten armenischen Bürger sehen allzu gut, welche Nachteile ein Bruch mit Moskau bringen würde. Dieses Spiel werden sie nicht mitspielen. Auch weil der Kreml die weitsichtige Position eines unbeteiligten Beobachters eingenommen hat, das Recht des armenischen Volkes respektierend, die eigenen Angelegenheiten selbst zu klären.

Geworg Mirsajan

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Wie wir zuvor gewarnt haben, hat der Feind jetzt im Gebiet von Werchnetorezkoje provokative Beschüsse mit Granatwerfern begonnen, unter deren Deckung **Artilleriesysteme zur Durchführung eines massiven Schlags auf friedliche Stadtteile aufgebaut** werden.

Wir schließen solche provokativen Beschüsse an der gesamten Kontaktlinie nicht aus.

Die Besatzer, die auf die Vereinbarungen über eine Feuereinstellung und auf Leben und Gesundheit von friedlichen Bürgern spucken, planen zielgerichtet auf Stadtteile zu schlagen, in denen noch friedliche Einwohner leben, die nicht an dem militärischen Konflikt beteiligt sind.

Außerdem werden von uns **Flüge von Drohnen des Gegners** bemerkt, mit deren Hilfe Luftaufklärung für weitere Schläge betrieben wird.

de.sputniknews.com: Zum „Tag des Sieges“: Jährliche Aktion „St.-Georgs-Band“ in Russland gestartet

In Russland und vielen anderen Ländern der Welt hat am 24. April die internationale Aktion „St.-Georgs-Band“ begonnen. Ab heute werden die orange-schwarz gestreiften Bänder kostenlos verteilt, die zum Gedenksymbol des Sieges des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg wurden.

„Es ist sehr wichtig daran zu erinnern, wie und warum die Aktion „St.-Georgs-Band“ erfunden wurde. Es war ein unpolitisches Projekt zur Pflege des historischen Gedächtnisses. Und da die Aktion, die als lokal und kurz gedacht war, zu einer Volkstradition wurde, wäre es wünschenswert, dass ihr ursprünglicher Sinn nicht verloren geht“, sagte die Mit-Initiatorin der Aktion, die stellvertretende Chefredakteurin der russischen Mediengruppe Rossiya Segodnya Natalia Losewa.

Das Ziel der Aktion sei es, die persönliche Familiengeschichte im Kontext des Zweiten Weltkrieges zu „berühren“ und den Kriegsoptionen Verehrung zu erweisen.

Die Aktion wurde im März 2005 auf Initiative der Russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti ins Leben gerufen. Seitdem wird sie jedes Jahr von ehrenamtlichen Aktivisten in Koordination mit den russischen Föderalagenturen Rossotrudnitschestwo und Rospatriotzentrum durchgeführt.

2018 nehmen mehr als 70 Länder einschließlich Deutschland, Österreich und die Schweiz an der Aktion „St.-Georgs-Band“ teil.

Auch Sie können sich ein St.-Georgs-Band unter folgenden Adressen holen:

Deutschland

Hamburg: Am Feenteich 20

Leipzig: Turmgutstraße 1

München: München: Maria-Theresia-Straße 17

Frankfurt am Main: Eschenheimer Anlage 33-34

Österreich

Wien: Reisnerstrasse 45-47, Brahmsplatz 8

Schweiz

Bern: Brunnadernrain 37



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32045/90/320459037.jpg>

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR

Eduard Basurin

Der Gegner beendet die Versuche, die Lage an der Kontaktlinie in Richtung Donezk zu destabilisieren, nicht. In den Gebieten von **Dolomitoje und Gorlowka** verwendet der Gegner 120mm-Mörser, Antipanzergranatwerfer, Schützenpanzer und Schusswaffen. Wir rufen die internationalen Organisationen auf, diese Verbrechen der ukrainischen Besatzungskräfte gegen die Menschlichkeit festzuhalten.

Ukrinform.ua: Ukraine ruft in PACE Russland auf, seine Truppen aus dem besetzten Donbass abzuziehen

Die ukrainische Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat Russland aufgefordert, russische Truppen, Spezialeinheiten und Söldner aus dem Territorium der Ukraine abzuziehen.

Das erklärte während der Debatten in PACE der Vertreter der ukrainischen Delegation, das Mitglied des Parlaments Konstantin Usow, teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit.

„Wir fordern auf, alle Einheiten der russischen Streitkräfte, Spezialeinheiten, Gruppen von Söldnern abzuziehen, die Russland auf dem Territorium der Ukraine leitet und finanziert“, sagte der Abgeordnete.

Er verwies unter anderem auf erhebliche Verstöße gegen die Konvention zum Schutz der Menschenrechte in den besetzten Gebieten.

„In den besetzten Gebieten im Osten der Ukraine werden, im Gegensatz zu denen, die unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden sind, Menschenrechte nicht eingehalten, dort gibt es keine Meinungsäußerung, kein Recht auf Freizügigkeit, auf ein faires Gericht“, sagte der Politiker.

de.sputniknews.com: **„Schmutziger Krieg in Syrien“: Pink-Floyd-Gründer zeigt wahre Weißhelme – Journalist**

Ex-Pink-Floyd-Sänger Roger Waters, der als Kritiker der Hilfsorganisation „Weißhelme“ gilt, hat dem Portal „Grayzone Project“ Briefe der Organisation übergeben, die zeigen, dass die „Weißhelme“ Waters anwerben wollten. Der Journalist Max Blumenthal, der diese Briefe veröffentlicht hat, hat die Bedeutung von Waters' Schritt kommentiert.

Blumenthal erklärte gegenüber Sputnik International, diese Enthüllung zeige, „wie alternative Medien die Weltgemeinschaft beeinflussen können“, denn nur wenige Journalisten hätten in den letzten Jahren kritische Artikel über die „Weißhelme“ geschrieben.

„Und jetzt spricht einer der besten Vertreter des goldenen Zeitalter des Rocks ... auf der Bühne über die ‚Weißhelme‘“, sagte Blumenthal. „Er sagte wörtlich, die ‚Weißhelme‘ seien eine internationale Propaganda-Organisation, sie seien nicht die, für die sie sich ausgeben ... und sagte auch, dass sie zu einem Krieg aufrufen und eng mit Dschihadistengruppen in Syrien zusammenarbeiten würden“.

„Roger lüftete die Maske der Einfluss-Operation, durch die der schmutzige Krieg in Syrien geführt wird. Denn es waren genau die ‚Weißhelme‘, auf die Washington als seine einzige Quelle über einen Chemieangriff in Syrien setzte“, betonte Blumenthal.

Er erklärte, dass „die ‚Weißhelme‘ Menschen, die angeblich bei Chemieangriffen starben oder dabei verletzt wurden, auf Video aufnehmen und diese Videos auf ihren Kanälen in sozialen Netzwerken verbreiten, und dann reagiert die Welt darauf“.

Blumenthal merkte an, der 74-jährige Waters habe ihm bei einem Treffen diese E-Mails übergeben, die der Journalist veröffentlichte, „um zu zeigen, wie zynisch diese Organisation ist“.

„Ich glaube, sie haben einfach angenommen, dass Roger ein Narr ist ... sie haben bereits andere Stars an sich gezogen, zum Beispiel Coldplay“, sagte der Journalist. „Sehr viele Top-Stars haben sich von ‚The Syria Campaign‘ (die PR-Agentur der ‚Weißhelme‘ – Anm. d.

Red.) anwerben lassen, aber als Roger E-Mails erhielt, fing er an, Fragen zu stellen“.

„Wenn ein solcher Mensch wie Roger auf die Bühne geht und eine solche Erklärung abgibt, legitimiert es uns alle, die über die ‚Weißhelme‘ bereits berichtet hatten, sowie zeigt das die Besorgnis von Bürgern der ganzen Welt darüber, dass man uns durch falsche humanitäre psychologische Operationen in den Krieg treibt“, erklärte Blumental.

„Ich glaube, als Roger mit dieser Erklärung auftrat, sprach er für viele Menschen“, sagte der Journalist abschließend.